

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 79 (1996)

**Artikel:** Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995  
**Autor:** Junker, Beat  
**Kapitel:** 2: Umsturz der herkömmlichen Parteienordnung  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## II. KAPITEL

---

### UMSTURZ DER HERKÖMMLICHEN PARTEIENORDNUNG

#### 1. EINGEMEINDUNGEN

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war ein Grossteil der Berner in der Landwirtschaft oder in kleineren Gewerben tätig und wohnte gewöhnlich am Arbeitsort. Mit der Ausweitung der Industrie, dem Wachstum der Städte und der Erleichterung des Verkehrs durch Bahnen und Trams zeigten sich nun Probleme, wie sie auch die übrige Schweiz und andere Länder kannten. Immer häufiger sprengten Städte den Raum ihrer ursprünglichen Gemeinde und beschäftigten Leute, die in Vororten wohnten. Diese Verflechtung führte zu Schwierigkeiten, welche die Stadt Zürich 1893 zu beheben hoffte, indem sie auf einen Schlag elf Aussengemeinden in sich aufnahm. Auch St. Gallen und Genf planten kurz nach der Jahrhundertwende Eingemeindungen.

In Bern komplizierten veraltete Vorschriften die Verhältnisse noch. So gebot das Steuergesetz von 1865, dessen Revision trotz mehreren Anläufen nicht gelungen war, dass ein Arbeitnehmer seinen Lohn nicht am Wohn-, sondern am Arbeitsort versteuerte. Nun hatten sich um Bern herum oft Arbeiter, kleinere Beamte und Angestellte von Militärbetrieben wie der Pferdeanstalten oder der Zeughäuser im damals noch selbständigen Bümpliz oder in Ostermundigen niedergelassen. Sie profitierten hier von niedrigeren Mietzinsen, fanden leichter Pflanzland und in den nahen Wäldern Brennholz und erreichten dabei ihren Arbeitsplatz trotzdem ohne Mühe. Ihre Steuern bezahlten sie nach den verhältnismässig niedrigen Ansätzen der Stadt Bern. Für ihre Kinder mussten aber die Wohngemeinden Schulhäuser bauen, Lehrer besolden und oft auch Soziallasten tragen. Ihnen blieb kein anderer Ausweg, als den Steuerfuss kräftig zu heben. In Bümpliz zum Beispiel stieg er auf 7½ % der Staatssteuer, während er im Kantonsdurchschnitt mit 3 bis

3 ½ % weniger als die Hälfte davon ausmachte. Deshalb zogen kaum neue Unternehmen in derartige Gemeinden, und deren Verschuldung stieg höher und höher, ohne dass dabei dringende Aufgaben wie Wasserversorgung, Kanalisation oder Ortsbeleuchtung gelöst worden wären. Ihr Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten übten die auswärts Arbeitenden am Wohnort aus, und sie konnten bei ihrer grossen Zahl Neuerungen mit Kostenfolgen wie die Unentgeltlichkeit von Lehrmitteln und Schulmaterial durchsetzen, was neue Ausgaben verursachte.

Auch in Bern suchte man solchen Schwierigkeiten durch Eingemeindungen abzuweichen. Dabei galt es Verhandlungen mit vielen Partnern von widersprüchlichen Interessen zu führen, denn einige der Vorortsgemeinden waren aufgeteilt in Unterabteilungen wie Viertelsgemeinden, Schulgemeinden und Dorfschaften. Zudem umfassten sie oft noch fast rein ländliche Gemeindeteile, welche sich gegen ein Aufgehen in die Stadt sträubten.

Erste Sondierungen für Eingemeindungen gingen im Raum Bern aus von der Gemeinde Bümpliz im Westen und von Ostermundigen, einer Viertelsgemeinde der Einwohnergemeinde Bolligen, im Nordosten der Stadt. Treibende Kraft in Ostermundigen war Gemeindeschreiber Friedrich Volmar, der später vom Freisinn zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei übertrat und bis in den Regierungsrat aufstieg.

Die Stadt Bern war Eingemeindungen nicht abgeneigt, hätte aber lieber gleich alle umliegenden Ortschaften aufgenommen, also auch Bolligen, Köniz und vor allem Muri, das finanziell gut dastand. Muri lehnte jedoch strikte eine Verschmelzung mit der Stadt ab, ebenso die stadtfürneren Teile der Gemeinde Bolligen. Unter diesen Umständen sprach sich der Gemeinderat der Stadt Bern im März 1915 vorderhand gegen eine Eingemeindung von Bümpliz und Ostermundigen allein aus. Immerhin fand er sich bereit, so lange die eigene Finanzlage es erlaube, Bümpliz jährlich 8000 Franken freiwillig zurückzuerstatten aus Steuern, welche Bern von Bümplizern bezogen hatte, die in der Stadt arbeiteten.

Während des Weltkrieges spitzten sich dann die Finanzprobleme namentlich in der Schulgemeinde Bümpliz zu, und 1916 war sie

nicht mehr imstande, ihren Lehrern die Löhne zu bezahlen. Da die Bürger die Aufnahme weiterer Anleihen ablehnten, musste der Kanton die Gemeinde vorübergehend unter eine Art von Vormundschaft stellen. Ein neues Steuergesetz, das im Sommer 1918 die Einkommenssteuerpflicht vom Arbeits- zum Wohnort verschob, kam für Bümpliz zu spät. Aus den Verhandlungen zwischen Bümpliz und der Stadt Bern ging schliesslich ein Eingemeindungsvertrag hervor, dem die Bürger der Stadt Bern am 29. September 1918 mit 7500 Ja gegen 2900 Nein, diejenigen von Bümpliz am 6. Oktober mit 631 Ja gegen bloss 17 Nein zustimmten. Auf den 1. Januar 1919 hörte Bümpliz auf, eine eigene Gemeinde zu sein, und verwandelte sich in den Stadtteil Bern-Bümpliz. Die Stadt Bern musste in der Folge ihren Steuersatz um 2‰ erhöhen, gewann aber grosse Landreserven und über 5000 neue Einwohner. Die Schwelle der 100 000 – nach schweizerischem statistischem Brauch das Merkmal der Grossstadt – hatte sie aber schon kurz zuvor, im Oktober 1917, überschritten. Selbständig und unabhängig von den Kirchgemeinden der Stadt Bern blieb weiterhin die Kirchgemeinde Bümpliz. Im Roman «Es starb ein Dorf» hat der Schriftsteller C. A. Loosli den Übergang seines Wohnortes Bümpliz vom Dorf zum Stadtteil packend geschildert.

Entgegen der allgemeinen Erwartung folgten keine weiteren Eingemeindungen in die Stadt Bern mehr. Bolligen verteilte allmählich die Aufgaben innerhalb seiner Einwohnergemeinde neu und entlastete so Ostermundigen etwas, und später bevorzugte man statt der Eingemeindung andere Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Vorortsgemeinden, etwa Zweckverbände.

Eingemeindungen gab es nicht nur in die Stadt Bern, sondern, zum Teil sogar schon etwas früher, von Goldwil (1912) und von Strättligen (1919) in Thun sowie von Bözingen (1916) und von Mett und Madretsch (1919) in Biel. Einem Zusammenschluss von Biel und Nidau, der zwischen den beiden Gemeinden vereinbart worden war, verweigerte der Grosse Rat am 2. März 1921 gegen den Antrag des Regierungsrates seine Genehmigung, weil die bürgerliche Mehrheit eine Stärkung der Sozialdemokratie befürchtete und die Frage des Amtssitzes für den Bezirk Nidau diesen Fall komplizierte.



Bei den genannten Beispielen gingen kleinere Gemeinden in einer benachbarten Stadt auf. Daneben kam es aber auch zu Zusammenschlüssen von ländlichen Gemeinden ungefähr gleicher Grösse. So entstand 1932 aus den beiden Einwohnergemeinden Stalden und Gysenstein die Einwohnergemeinde Konolfingen, während auf dem Bödeli zwischen Thuner- und Brienersee lange Diskussionen schliesslich an Grenzen und Aufgabenteilung der Gemeinden nichts änderten.

Im Kanton Bern blieb es also bei einer einzigen Eingemeindungswelle kurz vor und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, während Genf und Zürich in den 1930er Jahren ihre Stadtgrenzen nochmals weiter ins Umland hinausschoben<sup>79</sup>.

## 2. DIE GRÜNDUNG DER BAUERN-, GEWERBE- UND BÜRGERPARTEI (BGB)

Die politischen Parteien des Kantons Bern veränderten sich im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert allmählich und vorerst ohne auffallende Einzelereignisse, zum Teil in Anlehnung an Vorgänge in der übrigen Eidgenossenschaft oder sogar im Ausland.

Themen wie der Gegensatz zwischen Hauptstadt und Landschaft hatten ihre Zugkraft verloren, ebenso der Appell an die Abneigung gegen Jesuiten und Ultramontanismus. Selbst der Disput um Zentralismus oder Föderalismus im Bundesstaat bewegte den Bürger weniger als der Kampf um seine wirtschaftlichen Anliegen und um seine soziale Sicherheit. Nicht mehr die Weltanschauung bestimmte die Fronten im politischen Kampf, sondern die materiellen Interessen, und damit geriet das überlieferte Parteiengefüge ins Wanken.

Die Konservativen hatten in den 1880er Jahren ihr Übergewicht in der Stadt Bern an die Freisinnigen verloren, ohne Aussicht auf eine Rückkehr an die Macht. Im Nationalrat blieben ihnen noch zwei Mandate im Wahlkreis Mittelland und eines im Nordjura. Den Sitz in ihrer Hochburg Oberaargau verloren sie dagegen 1908 nach dem Tode Ulrich Dürrenmatts an den Arzt und Sozialdemokraten August Rikli aus Langenthal. Im Grossen Rat führte fortan Hugo

Dürrenmatt als Jurist das zusammengeschmolzene Häuflein der Volkspartei mit weniger Beredsamkeit, aber auch weniger starr und weniger geprägt durch Feindbilder als sein Vater Ulrich. Im Regierungsrat behielten die Konservativen ihre beiden Sitze, doch bestimmten die sieben Freisinnigen den Kurs in dieser Behörde. Eine Schwäche der Konservativen war es, dass ihre Vertreter aus der Stadt Bern, aus dem katholischen Jura und aus der Volkspartei wohl gelegentlich gemeinsam Abstimmungskämpfe führten, sich aber nie auf die Länge in einer einzigen Organisation zusammenfanden. Auch versteiften sie sich zu sehr auf ein Festhalten an traditionellen Lebensformen und Denkmustern, als dass sie damit Lösungen für die Probleme der modernen Wirtschaft und Gesellschaft hätten bieten und Wege in die Zukunft weisen können.

Standen die Konservativen politisch rechts, so gehörten nach dem Sprachgebrauch um die Jahrhundertwende zur Linken neben den Sozialdemokraten immer noch auch die Freisinnigen. Die Zusammenarbeit zwischen Grütliverein und Radikalen hatte in Bern Tradition. Freisinnige setzten sich bei Abstimmungen ein für Vorlagen mit sozialen Zielen und unterstützten in der Stadt Bern bei Wahlen öfters Kandidaten der Arbeiterpartei. Allerdings wuchs die Distanz zwischen den beiden Gruppen, seit die Sozialdemokraten häufiger für Streikende eintraten und offener waren für Einflüsse der internationalen Arbeiterbewegung und für antimilitaristische Ideen. Zudem bildete der Freisinn keine Einheit, weder seinem Gedankengut noch seiner gesellschaftlichen Schichtung nach. Zwar erhob er immer noch den Anspruch, er sei eine «Volkspartei», welche nicht nur eine einzelne Gruppe vertrete, sondern die Anliegen von Industrie, Handel, Gewerbe, Bauernsame, Angestellten, Beamten und Arbeitern gleichermassen verfechte. Es bereitete aber mehr und mehr Mühe, diese Fiktion aufrechtzuerhalten, etwa bei der Aufstellung ausgewogener Listen für Wahlen oder bei der Parolenausgabe für Abstimmungen über Vorlagen, die zwischen den Wirtschaftsgruppen umstritten waren.

Wie in anderen Kantonen bildeten sich auch in Bern, namentlich in den Städten, Gruppen von «Jungfreisinnigen», die sich 1911 in einem Kantonalverband vereinigten. Sie verstanden sich als linker

Flügel der Partei, kritisierten deren enge Verflechtung mit der Wirtschaft und forderten ein stärkeres sozialpolitisches Engagement, um die Abwanderung von Beamten, Angestellten und Lehrern zu den Sozialdemokraten zu verhindern. Tatsächlich blieben die Standesorganisationen dieser Berufsgruppen, die sich ungefähr von der Jahrhundertwende an formierten, dem Freisinn nahe. Den Ton in der Partei gaben aber immer noch die «Alten» an, die mannigfach mit Bahn-, Elektro- und anderen Unternehmen verflochten waren wie Fritz Bühlmann von Grosshöchstetten, Arnold Bühler in Frutigen, der Seeländer Eduard Will oder der Stadtberner Kohle-Grosskaufmann Johann Hirter.

Änderungen im Parteiwesen kündigten sich also an, doch vorerst festigte sich das Bestehende eher, als der Weltkrieg zu einem «Burgfrieden» bei Wahlen führte. Aber spätestens 1917 nahm das Bewegende überhand. Der Kanton Zürich führte für die Wahl des Kantonsrates Ende 1916 den Proporz ein. Die ländlichen Bezirke hatten sich dagegen gewehrt. Nachdem die Neuerung gegen ihren Willen angenommen worden war, wollten sie diese jedoch auch ausnützen und verwandelten den landwirtschaftlichen Verein des Kantons in eine Bauernpartei, die sogleich unerwartete Erfolge gewann. Dieser Funke konnte anderswo ebenfalls zünden, um so mehr als unzufriedene Landwirte glaubten, ihre bisherigen Organisationen und Führer hätten zuwenig für sie herausgeholt. Das zielte zum Teil auf Berner, wie den Präsidenten des schweizerischen Bauernverbandes Johann Jenny aus Worblaufen oder Jakob Freiburghaus aus Spengelried im Forst. Beide waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts geboren und sassen als Freisinnige seit Jahrzehnten im Nationalrat.

Von ganz anderem Schlag war der rund eine Generation jüngere Rudolf Minger aus Schüpfen. Er hatte nur die Primar- und die Sekundar-, aber keine Landwirtschaftsschule durchlaufen und war in der Politik bisher nicht hervorgetreten, wohl aber in der Führung des bernischen Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften. In Reden bei verschiedenen Anlässen dieser Organisation rief er zu mehr Solidarität unter den Bauern auf. Aber erst Ende November 1917 – kurz nach der bolschewistischen Revolution in Russland –

liess er im Berner Restaurant «Bierhübeli» eine Bombe platzen. Im Gegensatz zur bisherigen Haltung der führenden Berner Bauernpolitiker rief er auf zur Gründung einer selbständigen Bauernpartei und zur Unterstützung des Proporztes für die Nationalratswahlen, über den das Schweizervolk im Herbst 1918 in einem neuen Anlauf abstimmen musste. Bald gewann er weitere, mit ihm ungefähr gleichaltrige, vermögliche Bauernpolitiker einer jüngeren Generation für seine Pläne, wie Gottfried Gnägi aus Schwadernau oder Fritz Siegenthaler aus Trub. Überhaupt fand der Vorschlag offene Ohren. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Freiburghaus und nachher eine sogenannte Vertrauensmännerversammlung aus Vertretern der grossen landwirtschaftlichen Organisationen des Kantons arbeiteten fast ein Jahr lang an Texten für Statuten und Geschäftsreglement, worauf am 28. September 1918 die erste Delegiertenversammlung zur formellen Gründung der «bernischen Bauern- und Bürgerpartei» schritt.

Ihr Programm unterschied sich wenig von dem anderer bürgerlicher Parteien, und sie verdankte ihre Stosskraft nicht neuem Gedankengut, sondern dem Postulat, der Bauernstand müsse an Einfluss auf die Politik gewinnen, hauptsächlich durch eine personelle Erneuerung der Behörden. Seien erst einmal junge, unverbrauchte Leute am Ruder – so glaubte man –, ergebe sich manches Weitere fast von selbst. In diesem Sinne vollzog die Partei nach Mingers Meinung «eine Art politischer Revolution, die sich aber auf ganz natürlichem Wege durchsetzte», also ohne Umsturz, wie ihn etwa der Kommunismus anstrebe. Die Partei verstand sich auch als Kämpferin gegen den Grosskapitalismus, den die Bauern schon in früheren Auseinandersetzungen um Milch- und Fleischpreise als ihren Gegner empfunden hatten. Seit dem Landesstreik von 1918 verschrieb sich die Partei jedoch immer stärker der Erhaltung des Überlieferten und gewann eines ihrer wirksamsten Propagandargumente aus der Behauptung, sie allein vermöge den Staat vor der Gefahr zu schützen, die ihm von der Linken drohe.

Die Trennung vom Freisinn zog sich über längere Zeit hinweg und erfolgte in kleinen Schritten. Anfänglich hatten die Bauern mit einer sogenannten mittelbaren Struktur für ihre Partei geliebäugelt,

bei der Verbände und nicht Individuen zu Mitgliedern geworden wären. Das hätte dem einzelnen ein Weiterwirken in anderen Parteien erlaubt, was altgedienten, im Freisinn aufgestiegenen Bauernführern wie Jenny und Freiburghaus entgegengekommen wäre. Schliesslich forderte man aber doch klare Entscheide durch Eintrag in Mitgliederlisten und die Bezahlung individueller Beiträge.

Damit nahm man eine Isolierung des Freisinns in Kauf in der Voraussicht, die gemeinsame Abneigung gegen die Sozialdemokraten erweise sich bald als stärker und zwingt die Bürgerlichen zu Kompromissen und zu gegenseitiger Annäherung. In der Arbeiterpartei sahen die Bauern den Hauptvertreter der Konsumentenschaft und damit ihren Gegner. Immerhin wollten Minger und andere Bauernführer auch «gesunden Fortschritt» oder «sozialen Ausgleich» fördern und akzeptierten Monopole, wenn sie «durch gebieterische Staatsnotwendigkeit bedingt» sind. Das führte später in der Agrarpolitik des Bundes gelegentlich zu überraschenden Allianzen von Bauern und Sozialdemokraten.

Die Umstände begünstigten die Ausbreitung der Bauernpartei. Landleute, welche der wirtschaftlichen Entwicklung nach Kriegsende besorgt entgegensahen, waren bereit, neuen Führern zu folgen, die kräftigen Einsatz für Agrarinteressen versprachen. Und wer sich angesichts wachsender Klassengegensätze nach einem kräftigen Widerpart auf der Rechten gegen die Sozialdemokratie sehnte, setzte seine Hoffnungen nun oft auf die Bauern. Der Landesstreik von 1918 löste die Gründung der Bauernpartei nicht aus, spielte er sich doch erst rund ein Jahr nach Mingers Auftritt im «Bierhübeli» ab. Aber er verschaffte ihr einen Zustrom von Bürgern, welche in ihr das einzige standfeste Bollwerk für den Staat in seiner traditionellen Ordnung sahen.

So gewann die Partei nach eigenen Angaben bis Ende 1919 ungefähr 40 000 Mitglieder, am meisten im Emmental, Ob- und Nidraargau, Mittelland und Seeland, wo schon bisher die Dichte der landwirtschaftlichen Organisationen am höchsten gewesen war. Erst später öffnete sich das Oberland der neuen Bewegung, und im Jura fasste sie vorderhand überhaupt nicht Fuss – gleich wie in anderen Regionen der Eidgenossenschaft, in denen die Kampfstimmung

zwischen Radikalen und katholischen Konservativen immer noch intakt war.

Dem raschen Wachstum entsprach der Erfolg bei den Nationalratswahlen im Herbst 1919, den ersten, die nach dem Proporzverfahren durchgeführt wurden. Sie brachte der Bauern- und Bürgerpartei, die nun zum ersten Mal Kandidaten portierte, gleich 16 von den 32 Sitzen, die dem Kanton Bern zustanden. Unter den Gewählten fanden sich sechs ehemalige Freisinnige, die angesichts der Stärkeverhältnisse das Lager gewechselt hatten, nämlich Jenny, Freiburghaus, die Regierungsräte Tschumi und Moser, Gewerbesekretär Joss und der politische Dominator des Frutiglandes, Bühler. Dieser liess sich zwar 1919 auf der Bauern- und Bürgerliste wählen, blieb dann aber im Parlament wie zuvor in der Fraktion der Radikalen. Der Sieg der Bauern- und Bürgerpartei ging vor allem auf Kosten des Freisinns, der 14 seiner bisher 19 Mandate verlor, und – zu einem kleinen Teil – auf Kosten der Grütlianer und der Katholisch-Konservativen.

Spätestens dieser Erfolg öffnete der Bauern- und Bürgerpartei die Aussicht, im Kanton die Mehrheit zu gewinnen und ohne Wartezeit in der Opposition die Zügel an sich zu reißen. Das war nur möglich, wenn es gelang, über die Bauernsamen hinaus Wähler zu gewinnen, was am ehesten beim Gewerbe möglich war. Zwar widersprachen sich die Interessen von Bauern und Gewerbetreibenden im Einzelfall öfters, aber es verband sie im grossen und ganzen eine ähnliche Grundhaltung des Fühlens und Denkens und meistens auch die Furcht vor einem übermässigen politischen Einfluss der Konsumenten sowie von Handel und Industrie, wie sie ihn beim Freisinn je länger desto mehr wahrzunehmen glaubten. Auch beim Gewerbe riefen einzelne Stimmen nach einer Lösung von den historischen Parteien. Aber hier verhallte der Ruf vorerst ohne Wirkung, denn es fehlte eine vorwärtsdrängende «junge Garde» mit einem impulsiven Führer wie Minger. Übrig blieb als Kompromiss schliesslich eine gemeinsame Liste der Bauern- und Bürgerpartei mit dem Gewerbeverband für die Nationalratswahlen von 1919, wobei beide Partner im übrigen ihre Unabhängigkeit behielten. Von den Gewählten waren drei Gewerbetreibende, nämlich der amtierende



Regierungsrat Tschumi, sein künftiger Nachfolger Joss sowie Ingenieur Rothpletz, einer der Erbauer der Lötschbergbahn. Auch die Wähler vom Lande hatten ihnen loyal ihre Stimme gegeben, wie die Ergebnisse bäuerlicher Gegenden zeigen.

Damit war die politische Fusion des Gewerbes mit der Bauern- und Bürgerpartei nur noch eine Frage der Zeit. Sie wurde im Frühjahr 1921 vollzogen durch eine Revision der Parteistatuten, die Aufnahme von Gewerbevertretern in die leitenden Gremien und durch die Änderung des offiziellen Namens in «Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» (BGB). Freilich ging nicht das ganze Gewerbe zu der neuen Partei über. Eine namhafte Minderheit blieb beim Freisinn. Fortan mussten also im Kanton Bern zwei Parteien auf einen Gewerbeflügel und seine Begehren Rücksicht nehmen, während die Bauern praktisch vollständig aus dem Freisinn ausschieden.

Als Minger und seine Mitstreiter eine «Bauern- und Bürgerpartei» gründeten, dachten sie beim zweiten Teil des Namens an Tierärzte, Landwirtschaftslehrer und andere der Bauernsamen nahestehende Personen aus ländlichem Milieu. Einen neuen, viel weiteren Sinn gewann die Bezeichnung «Bürger», als die Partei in den früheren 1920er Jahren die Reste der bernischen Volkspartei und der «Vereinigten Konservativen der Stadt Bern» aufzog. Diese Gruppen hatten bis 1917 mit einer Ausnahme alle ihre Nationalratsmandate verloren und stellten für die Wahlen von 1919 gar keine eigenen Listen mehr auf. Ihr letzter Bisheriger, Regierungsrat Friedrich Burren, fand auf der Bauern- und Bürgerliste Unterschlupf und wurde hier mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, eine Auszeichnung, die er eher seiner Persönlichkeit als seiner politischen Herkunft verdankte. Die Fusion der Konservativen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei fand recht formlos statt und ohne dass darüber genauere Berichte vorliegen. Es ging ja – anders als beim Gewerbe – bei dieser Vereinigung nicht um einen wohlorganisierten, finanzkräftigen Verband mit handfesten wirtschaftlichen Interessen, sondern um eine lose Verbindung einzelner Bürger mit ähnlicher Weltanschauung. Gemeinsam war beiden Partnern die Frontstellung gegen Sozialdemokraten und Linksfreisinn.

Die Volkspartei ging also unter, zuletzt als Opfer des Proporz, für dessen Einführung sie jahrzehntelang gekämpft hatte. Immerhin gewann das zweite B in der Abkürzung BGB-Partei an Relief, auch wenn die «Bürger» nie die gleiche Bedeutung erreichten wie die beiden anderen Blöcke. Aber sie erschlossen der Partei doch – stärker als in anderen Kantonen – Kreise, die ihr bisher meist ferngeblieben waren, wie Städter mit akademischer Bildung oder betont christliche Gruppen etwa aus dem Umfeld der Evangelischen Gesellschaft oder der evangelischen Lehrerseminare und des Freien Gymnasiums. Sie waren mit dem Verschwinden der Stadtkonservativen und der Volkspartei politisch heimatlos geworden und schlossen sich nun den Bauern und dem Gewerbestand an, obschon ihnen deren ökonomische Postulate nicht besonders nahe lagen. Aber in der mächtigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wuchs das konservative Element an Bedeutung, weil ihm – für Bereiche ausserhalb der Wirtschaft – auch manche Bauern und Gewerbetreibende zuneigten. So gewann es für die bernische Politik mehr Gewicht als in den Jahrzehnten zuvor, obwohl damals noch Parteien bestanden hatten, welche die Bezeichnung «konservativ» in ihrem Namen führten. Das erlaubte der Partei, den Vorwurf von sich zu weisen, sie vertrete nur Wirtschafts- und Gruppeninteressen und nur die Anliegen recht schmaler Schichten. Bald zeigte es sich, dass sie zwar nicht mehr im gleichen gigantischen Tempo wie zur Zeit ihrer Gründung weiterwuchs, aber sie war auch keine Eintagsfliege, wie es manche Freisinnige wohl im stillen gehofft hatten.

Vielmehr hatte sich im Kanton das Verhältnis der politischen Parteien zueinander von Grund auf und auf die Dauer geändert. Der Freisinn, der bisher fast nach Belieben hatte schalten und walten können, verlor seine übermächtige Stellung und blieb für immer Minderheitspartei. Stärkste Partei wurde die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, doch erreichte sie im Grossen Rat das absolute Mehr nicht ganz und blieb auf einen Partner angewiesen. Diese Rolle spielten meist die Freisinnigen, so dass die politische Front fortan zwischen Bürgertum und Arbeiterpartei verlief. Nur bei Auseinandersetzungen um Schul- und Kirchenthemen hielt die alte Linke – Freisinn und Sozialdemokratie – noch öfters zusammen.



Im Jura fasste die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei nie Fuss, und so blieb die Parteisituation hier anders als in Altbern. Das lockerte bisherige Verbindungen und liess in diesem Landesteil das Gefühl der Entfremdung und des Unverständenseins wachsen. In der Eidgenossenschaft verlor Bern den Rang fast ganz, den es bisher in der freisinnigen Fraktion und damit in der Führung der Bundespolitik eingenommen hatte. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war gesamteidgenössisch zu schwach, um ihrerseits Berns Gewicht in die Waagschale zu werfen. Denn Bauern- und Gewerbeparteien von Bedeutung bildeten sich fast nur in überwiegend reformierten Kantonen des Mittellandes, nicht aber in den Berggebieten, im Welschland und in Gegenden mit einem starken Anteil an katholischer Bevölkerung<sup>80</sup>.

Die Gewinne der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei an Mitgliedern und an Mandaten gingen vorwiegend zu Lasten der Freisinnigen. Diese verfielen darob für kurze Zeit so sehr der Nervosität und Verwirrung, dass sie ihren bisherigen Namen aufgaben und sich umbenannten in «Fortschrittspartei». Damit suchten sie die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei als rückschrittlich und als Gruppe abzustempeln, die egoistisch bloss die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Anhangs vertrete. Gleichzeitig warfen sie mit der neuen Bezeichnung aber auch Ballast ab, den sie bisher aus der Zeit des «alten» Freisinns im 19. Jahrhundert mitgeschleppt hatten. Treibende Kraft bei diesem Wechsel des Aushängeschildes waren die Jungfreisinnigen, die nun für mehr als ein Jahrzehnt auf eine eigene Organisation innerhalb der Partei verzichteten. Der Freisinn blieb aber angewiesen auf eine Zusammenarbeit mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, etwa bei Listenverbindungen für die Nationalratswahlen. Schon 1923 gab die «Fortschrittspartei» diesen Titel wieder auf und kehrte zum angestammten «Freisinn» zurück.

Beim Zusammenwirken mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war der Freisinn im Kanton Bern der schwächere Partner, obschon seine Führerschaft die andere intellektuell wohl übertraf. Beamte, Angestellte und Lehrer – soweit sie nicht zu den Sozialdemokraten abgewandert waren – gewannen in der Partei mehr

Gewicht als früher. Hauptstützen aber waren Handel, Industrie und Selbständigerwerbende, und im ganzen rutschte die Partei deutlich nach rechts.

Die Aufbruchstimmung am Kriegsende und die Einführung des Nationalratsproporz brachten Bewegung in die schweizerischen Parteien. Neben den bereits geschilderten grossen Änderungen gab es kleinere, die für Bern weniger ins Gewicht fielen.

Wer bisher als reformierter Konservativer Politik betrieben hatte, fand in Bern anfangs der 1920er Jahre meist Unterschlupf bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Doch schon vorher war, zuerst in Zürich, eine Evangelische Volkspartei entstanden, die bewusst das Wort «konservativ» nicht mehr in ihrem Namen führte, sich für soziale Belange einsetzte und nicht nur höhere gesellschaftliche Schichten ansprach. Sie fand ihre Anhänger bei der sogenannten positiven Richtung der Landeskirchen, aber namentlich auch bei Freikirchen, bei der reformierten Gewerkschaftsbewegung und bei christlichen Abstinenten, also bei Kreisen um das «Blaue Kreuz». Die Evangelische Volkspartei blieb an Zahl stets klein und lange auf städtische Gebiete beschränkt. Das gilt besonders für Bern. Zwar stellten die Berner mit Arnold Muggli für kurze Zeit den ersten Zentralpräsidenten der gesamtschweizerischen Evangelischen Volkspartei und beteiligten sich 1919 an den Nationalratswahlen, doch für ein Mandat reichte ihre Stimmenzahl bei weitem nicht, und auch bei den Grossratswahlen von 1922 gingen sie leer aus. Einzig für den Berner Stadtrat gewannen sie 1920 einen Sitz. Trotz dieser Misserfolge genoss die Evangelische Volkspartei ein gewisses Ansehen, weil sie auf keinen der beiden politischen Blöcke – Bürgertum und Sozialdemokratie – festgelegt war und ihre Unabhängigkeit im Urteil bewahrte<sup>81</sup>.

### 3. DER GROSSRATS-PROPÖRZ

Bei der Revision der Kantonsverfassung von 1893 hatte der Grosse Rat einige Anliegen ausgeklammert, die zwar in der Luft lagen, denen aber eine Mehrheit im Volk noch nicht sicher war und die

deshalb die Gesamtvorlage hätten gefährden können. Sie sollten späteren Partialrevisionen vorbehalten bleiben. Dazu gehörte das Proporzverfahren für die Wahl der Legislative, wie es um die Jahrhundertwende in anderen Kantonen und in der Stadt Bern bereits eingeführt war und wie es Volksinitiativen nun auch für den Kanton Bern und für die Eidgenossenschaft forderten.

Die erste davon war im Kanton Bern von der Volkspartei und von Sozialdemokraten ausgegangen. Sie wurde am 3. Mai 1896 von der Stimmbürgerschaft knapp abgelehnt mit 29 000 Ja gegen 32 000 Nein. Angenommen hatten die Ämter Aarwangen, Wangen und Schwarzenburg, Bern, Biel, Büren und Nidau sowie die Freiberge, Delsberg, Pruntrut und Laufen. Schon 1897 doppelten die gleichen Kreise mit einer neuen Initiative nach, für die sich vor allem Redaktor Carl Heinrich Mann von der Volkspartei einsetzte. Der Grosse Rat befaste sich nur kurz mit ihr, und am 11. Juli 1897 verwarf das Volk sie mit 23 500 Nein gegen 19 500 Ja. Wieder überwog die Zustimmung im Oberraargau, im Nordjura sowie in den Städten Bern und Biel und ihrer Umgebung.

Der sozialdemokratische Grossrat Karl Moor blieb hartnäckig und reichte bereits am 2. Mai 1900 für den Grossratsproporz eine Motion ein, die auch von Ulrich Dürrenmatt und anderen Konservativen unterzeichnet war. Der Rat verschleppte die Behandlung zuerst, stimmte dann aber am 3. September dem Begehren zu, allerdings in einer abschwächenden Interpretation, die vom Regierungsrat nicht eine Gesetzesvorlage für das neue Wahlverfahren verlangte, sondern bloss einen Bericht darüber. Zwar sassen in der Exekutive fast gleich viele Proporzfreunde wie -gegner. Als jedoch am 4. November 1900 die Stimmbürger in der Eidgenossenschaft und auch im Kanton Bern die erste Initiative für die Proporzwahl des Nationalrates hoch verwarfen, betrachtete der Regierungsrat weitere Bemühungen zur Zeit als aussichtslos und liess die Motion Moor als «für dermalen» erledigt vom Grossen Rat abschreiben.

Tatsächlich hatten die Berner in der Bundesabstimmung mit 40 000 Nein gegen bloss 19 000 Ja den Proporz weit wuchtiger von sich gewiesen als bei den kantonalen Urnengängen von 1896 und 1897, und zwar auch in den Hochburgen der Sozialdemokraten und

der Volkspartei. Nur gerade in den vier nordjurassischen Bezirken überwogen die Ja-Stimmen. Anscheinend beurteilte der Berner die eidgenössische Vorlage anders als die kantonalen Projekte. Sie wollte nämlich jeden Kanton zu einem einzigen Wahlkreis erklären, während bisher für Bern in sechs Kreisen gewählt worden war, die den Landesteilen entsprachen. Dieses überlieferte Verfahren bot den politischen Minderheiten kaum Chancen, sicherte aber eine gute geographische Verteilung der Mandate. Dieser Vorteil wog in den Augen der Mehrheit schwerer als die Ungerechtigkeiten des Majorzsystems.

Auch eine zweite Initiative im Bund scheiterte am 23. Oktober 1910, aber weniger massiv als zehn Jahre zuvor. Der Kanton Bern verwarf mit 43 000 Nein gegen 29 000 Ja, wobei diesmal nicht nur der Nordjura, sondern auch wieder die Städte Biel und Bern und ihre Umgebung zustimmten. Da das Ergebnis für die Proporzfreunde günstiger ausgefallen war als beim ersten Anlauf, reichten sie bald wieder eine eidgenössische Initiative ein. Sie wurde jedoch dem Volk jahrelang nicht zum Entscheid vorgelegt, weil der Erste Weltkrieg Wahlfragen in den Hintergrund drängte und weil der Freisinn an seiner Machtstellung nicht rütteln lassen wollte.

So fand die eidgenössische Volksabstimmung erst am 13. Oktober 1918 statt. Sie brachte dem Proporz und damit den politischen Minderheiten endlich einen deutlichen Sieg, doch kam er zu spät, um die Spannungen zwischen den Klassen abzubauen, die sich genau einen Monat danach im Landesstreik entluden. Auch der Kanton Bern nahm an mit 49 000 Ja gegen 16 000 Nein. Von den Ämtern verwarfen nur gerade Oberhasli und Saanen. Diese Umkehr der Ergebnisse von 1900 und 1910 spiegelte die neuen Stärkeverhältnisse im Kanton. Der Freisinn hatte einen grossen Teil der Arbeitnehmer an die Sozialdemokraten und das Landvolk an die Bauern- und Bürgerpartei verloren, die beide für den Proporz kämpften<sup>82</sup>.

Nun war der Majorz auch für die Grossratswahlen im Kanton Bern nicht mehr zu halten. Am 15. Dezember 1918, also kurz nach dem Landesstreik, erklärte der Grosse Rat stillschweigend eine sozialdemokratische Motion erheblich, die vom Regierungsrat verlangte, dass er die Einführung des Proporz für die Wahlen in die

kantonale Legislative prüfe. Der Bericht der Exekutive darüber lag bereits Ende Februar 1919 vor, und der Grosse Rat stimmte im März 1919 grundsätzlich zu, doch die nötigen Anpassungen am «Gesetz über Wahlen und Abstimmungen» zogen sich in die Länge, so dass die erste Lesung darüber erst im Januar 1920, die zweite sogar erst im November 1920 zu Ende ging. Kommissionspräsident Hadorn erklärte unverblümt, das Geschäft eile nicht. Er wollte verhindern, dass die Vorlage so früh vor dem ordentlichen Wahltermin vom Mai 1922 fertig werde, dass sie Begehren für vorgezogene Neuwahlen nach neuem Verfahren auslöse und so die Sitze der noch amtierenden Grossräte gefährde.

Am 30. Januar 1921 stimmte das Berner Volk mit 64 000 Ja gegen 22 000 Nein zu. Von den Amtsbezirken verwarfen einzig Oberhasli, Signau und Pruntrut. Der Grosse Rat wurde also fortan nach dem gleichen Verfahren gewählt wie der Nationalrat. Statt 62 wie bisher gab es nun nur noch 32 Wahlkreise. Sie entsprachen den Amtsbezirken, ausser in Bern, das man in Bern-Stadt und Bern-Land teilte. Eine Reihe dieser Amtsbezirk-Wahlkreise war so klein, dass sie nur je zwei Grossräte stellten. Das widersprach im Grunde genommen der Proporz-Idee, denn es liess kleinere Gruppen nicht zum Zuge kommen. Davon profitierte als stärkste Partei nun nicht mehr der Freisinn, sondern die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.

So fand eine Entwicklung ihr Ende, die sich über mehr als drei Jahrzehnte hingezogen hatte. Als der Freisinn noch bloss den Konservativen gegenüberstand, hielt er seine Stellung für unerschütterlich und lehnte Konzessionen ab. Später war er zu kleineren Zugeständnissen bereit, namentlich zu einem «freiwilligen Proporz». Dabei überliess er der Minderheit einzelne Sitze unter der Bedingung, dass sie dafür Kandidaten nominierte, die der Mehrheit genehm waren. Ulrich Dürrenmatt nannte das den Gnadenproporz.

Als sich der echte Proporz dann in anderen Kantonen und für die Stadtratswahlen in Bern und Biel durchsetzte, verlor er den Ruf des Unbekannten und angeblich Undurchführbaren. Vor allem während des Weltkrieges gewannen darauf die Sozialdemokraten so

sehr an Stärke, dass Bürgerliche den Proporz begrüßten, «um eine Waffe gegen sie zu haben, wenn die Zeiten da sind, wo wir uns gegen ihre Übermacht zur Wehre setzen müssen».

Seinen Sieg im Kanton Bern verdankte der Proporz dem Aufkommen starker Minderheitsgruppen und damit der Abkehr vom Zweiparteiensystem. Vor allem aber unterstützte die neugegründete Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei von Anfang an den Proporz unter dem Eindruck, er werde sich ohne Zweifel durchsetzen. Ihre Ja-Parole gab im Bernbiet dem Majorz den Todesstoss, doch hätte er sich wohl ohnehin nicht mehr viel länger behauptet. Auch das Beispiel Berns antwortet also nicht eindeutig auf die alte Streitfrage, ob der Proporz die Aufsplitterung der historischen Parteien verursacht habe oder ob er vielmehr habe kommen müssen, weil ihre Auflösung bereits in vollem Gange war<sup>83</sup>.

#### 4. WAHLEN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Von den 32 Nationalratssitzen des Kantons Bern hatten vor den Wahlen von 1919 die Freisinnigen mehr als die Hälfte besetzt, nämlich 19, die Sozialdemokraten 7, die Grütlianer 2, die katholischen Konservativen aus dem Jura 3 und die protestantischen Konservativen aus dem alten Bernbiet einen. Von den Bisherigen des Freisinns verzichteten 1919 ihrer elf auf eine Wiederwahl. Weitere vier kandidierten wohl neu, aber nicht mehr bei der freisinnigen Fortschrittspartei, sondern bei der erst kurz zuvor gegründeten Bauern- und Bürgerpartei.

Von den eingereichten Listen waren jene der Bauern- und Bürgerpartei, der freisinnigen Fortschrittspartei und der katholischen Volkspartei untereinander verbunden, während die Sozialdemokraten, die Grütlianer, die Evangelische Volkspartei und die jurassischen Freisinnigen unabhängig voneinander kämpften. Die protestantischen Konservativen standen vor der Auflösung und verzichteten auf eine eigene Liste. Der Bisherige Burren fand bei der Bauern- und Bürgerpartei Unterschlupf und wurde mit einem Spitzenresultat wiedergewählt.



Damals und noch längere Zeit danach war es üblich, dass die grossen Parteien ihre Prominenten auf der vorgedruckten Liste kumulierten und ihnen dadurch einen Vorsprung vor den übrigen Mitbewerbern sicherten. Die Zahl dieser Kumulationen deutete an, wieviele Sitzgewinne die einzelnen Parteien ungefähr erwarteten.

Am 25./26. Oktober 1919 beteiligten sich im Kanton rund 83 % der Stimmberechtigten an den Wahlen und gaben für die Bauern- und Bürgerpartei 2 101 034 Parteistimmen ab, für die sozialdemokratische Partei 1 255 791 und für die Fortschrittspartei des Freisinns 410 008. Das brachte im alten Bernbiet der Bauern- und Bürgerpartei 16 Sitze, den Sozialdemokraten 9 und den Freisinnigen 3. Dazu kamen noch je ein Mandat für die Grütlianer und für die katholische Volkspartei des Juras und zwei für die jurassischen Freisinnigen. Leer ausgegangen war die Evangelische Volkspartei, die sich fortan für lange Zeit nicht mehr an Nationalratswahlen beteiligte und sich auf die lokale Politik konzentrierte. Verhältnismässig gut hatte sie im Südjura abgeschnitten, wo sie – vermutlich dank Stimmen aus Täuferkreisen – im Amt Courtelary sogar die Bauern- und Bürgerpartei übertraf.

Die Bauern- und Bürgerpartei gewann ohne Ausnahme in allen Gemeinden des alten Kantonsteils Stimmen, in vier kleineren – Rohrbachgraben, Rumendingen, Ballmoos und Epsach – sogar sämtliche abgegebenen. Eher bescheiden blieb im Kanton Bern der Sitzgewinn der Sozialdemokraten, doch hatte diese Partei schon 1917 bei den letzten Majorzwahlen und bei Nachwahlen seither zusätzliche Mandate erobert.

Überraschungen gab es bei den Personen der Gewählten oder Unterlegenen. So wurde der prominenteste Freisinnige, Grosskaufmann Johann Hirter aus der Stadt Bern, nur sechster Ersatzmann, und auch Robert Grimm lag bei den Sozialdemokraten hinter dem letzten Gewählten zurück, allerdings bloss um 162 Stimmen. Als erster Ersatz konnte er schon 1920 in den Rat nachrücken. Bei der Bauern- und Bürgerpartei wurde Rudolf Minger zwar gewählt, aber ohne Glanz erst im zehnten Rang.

Ihrer Herkunft nach verteilten sich die Gewählten recht gleichmässig über das Gebiet des Kantons, was sich beim Proporz nicht

von selbst versteht. Fürs erste war also die Befürchtung widerlegt, das Verhältniswahlverfahren werde ganze Landesteile ihrer Vertretung berauben.

Bis 1931 fanden Nationalratswahlen alle drei (und nicht wie heute alle vier) Jahre statt. 1922 hatte Bern dabei 34 Sitze zu vergeben, 1931 – wegen Änderungen der Wahlgrundlagen in der ganzen Eidgenossenschaft – nur noch 31 (von insgesamt 187). Ihre Verteilung änderte nicht stark. 1931 hielt die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei noch 15 Sitze, die sozialdemokratische Partei 10, die freisinnig-demokratische Partei 4 im alten Kantonsteil und einen im Jura sowie die katholische Volkspartei einen. Verschwunden waren die Grütlianner. Aus ihrem Kreis wurde nun Sekundarlehrer Hans Roth aus Interlaken auf der Liste der Sozialdemokraten regelmässig gewählt. Ohne jede Aussicht auf einen Sitz beteiligten sich die Kommunisten Mal für Mal an den Wahlen, während die Freiland-Freigeld-Bewegung um den originellen Lehrer und Redaktor Fritz Schwarz aus dem Emmental nach zwei Misserfolgen 1922 und 1925 fortan verzichtete, obwohl sie immerhin weit besser abgeschnitten hatte als die Kommunisten.

In der bernischen Nationalrats-Delegation verliefen die Fronten Anfang der 1930er Jahre also klar und verhältnismässig einfach. Den Bürgerlichen mit rund zwei Dritteln der Sitze standen die Sozialdemokraten mit gut einem Drittel gegenüber. Parteien dazwischen gab es nicht, höchstens Individuen, die in ihren eigenen Gruppen weiter links oder rechts standen als der Durchschnitt.

Der Grosse Rat wurde bis 1922 nach dem Majorzverfahren gewählt. Dabei schwangen häufig Kandidaten obenaus, weil sie in ihrem näheren Umkreis bekannt und beliebt waren, und nicht, weil sie einer bestimmten Partei zugehörten. Da sie oft von einem Ad-hoc-Komitee portiert worden waren, fiel es zuweilen schwer, sie einer bestimmten Fraktion zuzuordnen. Hugo Dürrenmatt überliefert dazu folgende Anekdote: «Kam einer als Neuling vom Land her in den Rat, so galt er gewissermassen ex officio als «freisinnig», auch wenn bei seiner Wahl in seinem Wahlkreis die Parteizugehörigkeit gar keine Rolle gespielt hatte. [...] Der Grossratsweibel nahm



ihn einfach auf die freisinnige Fraktionsliste und zog ihm bei der ersten Taggeldauszahlung ohne viel zu fragen den Fraktionsbeitrag ab, und damit war er wohlbestalltes Fraktionsmitglied»<sup>84</sup>.

Noch unübersichtlicher wurde die Lage nach den Wahlen vom Frühjahr 1918. Damals besass die entstehende Bauern- und Bürgerpartei noch keine kantonale Organisation, wohl aber eine Reihe von Ortssektionen. Von den Gewählten spalteten sich schon während der Amtsdauer bis 1922 rund 70 Räte als Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion von der freisinnigen ab, der noch gut 40 Mitglieder blieben. Nach der Einführung des Proporz 1922 wusste man dann wenigstens, auf welcher Liste ein Kandidat portiert worden war und wohin er demnach im Rat gehörte.

Immer noch entfiel auf 3000 Seelen ein Grossrat. Eine Initiative der Bauern- und Bürgerpartei, welche diese Ziffer auf 3200 heben und dabei nur noch die Schweizerbürger berücksichtigen wollte, war am 1. Februar 1925 vom Volk verworfen worden. So blieb es bei 224 Sitzen, die zum weitaus grössten Teil den drei grossen Parteien zufielen. 1922 gewann die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 103, der Freisinn 31 und die Sozialdemokratische Partei 63. Das zeigt, dass auch der Proporz nicht die volle Wahlgerechtigkeit brachte, wurde doch 1930 die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei für ihren Stimmenanteil von 39,4 % mit 98 Sitzen honoriert, die Sozialdemokraten aber für 32,0 % nur mit 69.

Kleinere Parteien wie die Kommunisten oder die Freiland-Freigeld-Bewegung, die an den Nationalratswahlen regelmässig oder doch wenigstens gelegentlich teilnahmen, beteiligten sich an den Grossratswahlen nur ausnahmsweise oder überhaupt nicht. Die katholische Volkspartei kandidierte ausser im Nordjura nur gerade in Bern-Stadt. Von den grossen Parteien stellten 1930 die Sozialdemokraten keine Liste in Neuenstadt und in den Freibergen, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei in Laufen und die Freisinnigen in Erlach, Laupen, Oberhasli, Seftigen und im Nieder-Simmental.

Ihre grösste Stärke erreichte die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1930 in den Ämtern Laupen (81,4 % aller Stimmen), Seftigen (78,8 %), Signau (74,3 %), Erlach (72,7 %), Trachselwald

(72,2 %) und Schwarzenburg (70,0 %), die freisinnige Partei in Neuenstadt (47,6 %), Courtelary (41,7 %), Laufen (37,6 %) und Interlaken (33,7 %) und die Sozialdemokratische Partei in Biel (54,2 %), Bern-Stadt (52,8 %) und Büren (47,3 %). Der beruflichen Herkunft nach stellten 1930 die Landwirte mit 58 sowie die Fürsprecher/Notare und die Lehrer mit je 20 Vertretern die grössten Gruppen<sup>85</sup>.

Im Regierungsrat sassen am Kriegsende als Freisinnige die Jurasier Simonin und Stauffer, aus dem alten Kantonsteil die Juristen Leo Merz, Emil Lohner und Karl Scheurer, der Gewerbevertreter Hans Tschumi und der Vertrauensmann der Landwirtschaft, Carl Moser, dazu die beiden Konservativen Friedrich Burren und Rudolf von Erlach. Obwohl sich an dieser Zusammensetzung nichts änderte, kam es nun zu einem markanten Wandel: Burren, von Erlach, Tschumi und Moser schlossen sich der neugegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei an, nicht aber Scheurer, obwohl auch er aus einer agrarischen Gegend stammte, nämlich aus Gampelen im Seeland.

Das Verhältnis von 5 freisinnigen zu 4 aus der Bauern- und Bürgerpartei stammenden Regierungsräten entsprach nicht der Stärke der beiden Parteien im Kanton. Eine Korrektur wurde möglich, als Ende 1919 Karl Scheurer als Nachfolger des verstorbenen Eduard Müller in den Bundesrat gewählt wurde. Scheurers Sitz im Regierungsrat fiel jetzt an Friedrich Volmar, einen Juristen, der vom Freisinn zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei übergetreten war. Bei 5 Vertretern der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und 4 Freisinnigen blieb es nun fast zwei Jahrzehnte lang. Zwar ging es angesichts ihrer Stärke nicht an, die Sozialdemokraten auf die Länge von der Kantonsregierung fernzuhalten, doch wirkte vorderhand auf beiden Seiten noch zu viel Landesstreik-Stimmung nach, als dass eine Zusammenarbeit in der Exekutive möglich schien, obwohl sie sich in anderen Kantonen und in bernischen Städten bereits bewährte.

Schon in den 1920er Jahren stieg bei den Bürgerlichen die Einsicht, sie dürften die Linke nicht länger aus der Exekutive des

Kantons ausschliessen, doch gefielen ihnen jeweilen die aufgestellten Kandidaten nicht oder es fehlte ihr Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung. Eine sozialdemokratische Initiative für den Proporz bei den Regierungsratswahlen wurde im Spätjahr 1932 vom Volk deutlich abgelehnt. Namentlich die Volksabstimmung über die Kriseninitiative zeigte aber dann, dass Sozialdemokraten und Jungbauern durchaus zusammen eine Mehrheit im Kanton gewinnen und bei vereintem Vorgehen vom Majorzverfahren für die Bestellung der Exekutive profitieren konnten. Deshalb fanden sich Freisinnige und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1938 bereit, ihre Regierungsräte Alfred Stauffer und Walter Bösiger zu einem mehr oder weniger freiwilligen Rücktritt zu bewegen.

Die Sozialdemokraten glaubten, sie dürften eigentlich drei Sitze im Regierungsrat beanspruchen, doch liessen sie es nicht auf eine Kampfwahl ankommen, sondern begnügten sich mit den Kandidaturen des Jurassiers Georges Moeckli und von Robert Grimm. Dieser war im Jahr zuvor beim Kampf um das Berner Stadtpräsidium unterlegen und sah nun seine wohl letzte Chance, ein höheres Regierungsamt zu gewinnen. Auch in seiner eigenen Partei vermochte er Samuel Brawand aus Grindelwald nur knapp zu schlagen. Am 22. Mai 1938 setzten sich die beiden Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang durch und erhielten die Fürsorgedirektion (Moeckli) und die Baudirektion (Grimm) zugewiesen.

Weil sich die Zusammenarbeit während des «Burgfriedens» zur Zeit des Aktivdienstes bewährte, mussten die Freisinnigen 1946 angesichts der Stärke der drei Parteien beim Rücktritt ihres Regierungsrates Alfred Rudolf seinen Sitz dem Sozialdemokraten Fritz Giovanoli überlassen. Genau vierzig Jahre lang setzte sich die Exekutive nun zusammen aus 4 Vertretern der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 3 Sozialdemokraten und 2 Freisinnigen<sup>86</sup>.

Für die Behörden der Stadt Bern bildeten sich nach Revisionen der Gemeindeordnung von 1899 und 1920 im wesentlichen die noch heute gültigen Regeln heraus: Die Exekutive, der Gemeinderat, besteht aus 7 vollamtlichen Mitgliedern, gewählt nach dem Proporzverfahren, und der Stadtrat mit 80 Mitgliedern wird nach

dem gleichen Verfahren alle vier Jahre als Ganzes neu bestellt statt in Teilerneuerungen wie bis 1931. In beiden Gremien hielten sich in der Zwischenkriegszeit die beiden Blöcke der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen (Freisinnige und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) fast die Waage, oft bei einem Unterschied von bloss zwei Stimmen im Stadtrat. Die Bürgerlichen gewannen 1920 das Stadtpräsidium zurück und verteidigten es auch, als die Arbeiterpartei es 1938 mit einer Kandidatur von Robert Grimm zurückerobern wollte. Im Gemeinderat hielten die Bürgerlichen vier, die Sozialdemokraten drei Sitze<sup>87</sup>.